

A. c) Mitteilungen

01) „Wertvolle Kirchenkunst reist nach 78 Jahren zurück nach Danzig“

MAIL der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:

Berlin, den 07. März 2020

Liebe Danziger Landsleute und Freunde Danzigs, verehrte Verantwortliche für Kulturgut,

im Anhang schicke ich eine Mitteilung aus der Berliner B.Z. vom 06.03.2020, S. 6:

"Wertvolle Kirchenkunst reist nach 78 Jahren zurück nach Danzig"

Wäre das nicht auch ein Fall für die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien, der Frau Prof. Grütters?

Mit freundlichen landsmannschaftlichen Grüßen

Reinhard M. W. Hanke

c/o Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:

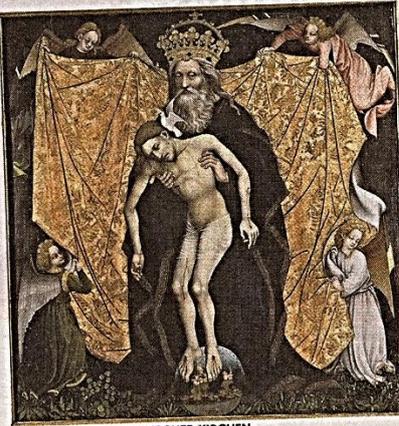
Brandenburgische Straße 24 Steglitz, 12167 Berlin

Ruf: 030-257 97 533, Fax-Nr. auf Anfrage

www.westpreußen-berlin.de

www.ostmitteleuropa.de

B.Z. [BerCin], v. 06. 03. 2020, S. 6:



Wertvolle Kirchenkunst reist nach 78 Jahren zurück nach Danzig

Tiergarten – **Zwei wertvolle Kunstwerke machen sich auf den Weg von Moabit nach Danzig. Zu einem Kirchen-Come-back!** Es handelt sich um eine Altartafel (Retabel) und einen Altarsockel (Predella) – beide um 1435 von unbekannt

ten Meistern geschaffen. Sie schmückten einst St. Marien, die bis 1945 evangelische, seit dem Wiederaufbau 1955 katholische Hauptkirche von Danzig. Im Mai 1942 wurden sie vor dem Krieg in Sicherheit gebracht, landeten über Umwege in Berlin. Die Altartafel war zuletzt in der Gemäldegalerie, der Altarsockel in der St. Johanniskirche in Moabit. Nun schenkt die Evangelische Kirche beide Kostbarkeiten nach Polen zurück. Am 10. März wird sie eine Spezialspedition nach Danzig bringen. Am 4. April werden sie in feierlicher Messe in der Marienbasilika vorgestellt. Dem Ort, für den sie vor fast 600 Jahren geschaffen wurden. (Ohm)

Die Altartafel (l.) und der wertvolle Altarsockel aus dem 15. Jahrhundert gehen nach Danzig

Fotos: UNION EVANGELISCHER KIRCHEN

GEGRÜNDET 1877

1 EURO

B.Z.

BEWEGT BERLIN

FREITAG,
6. MÄRZ 2020
ZKZ 2032 / NR. 56/10

REDAKTIONSSCHLUSS: 21:45 UHR

02) „Das lässt das Blut in den Adern gefrieren“ – eine ukrainische Erinnerung an Stalins Völkermord. Von CR Gernot Facius

Das 20. Jahrhundert war ein Säkulum der historischen Katastrophen, an deren Auswirkungen Europa noch heute leidet. Genozid (Völkermord) folgte auf Genozid, allerdings möchte eine **geschichtsvergessene Gesellschaft**, oft aus politischen Gründen, „pragmatisch“ darüber hinweg gehen. Sudetendeutsche und andere Vertriebene kennen das zur Genüge. Da tut es gut, dass von Zeit zu Zeit zumindest in den **Leserbriefspalten** der Qualitätsmedien daran erinnert wird. Zum Beispiel am 22. Feber in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Der ukrainische Botschafter in Berlin, **Andrij Melnyk**, rief dazu auf, endlich den „Holodomor“ („Tötung durch Hunger“) der Jahre **1932/33**, bei dem mindestens **3,9 Millionen** seiner Landsleute ums Leben gekommen sind, als Genozid anzuerkennen: als einen vom **Stalin-Regime organisierten Völkermord**. Melnyk: „Das Ziel dieser grausamen Strafaktion war, das **ukrainische Bauerntum**, das massiven Widerstand gegen die Zwangskollektivierung leistete, **auszumerzen** und somit das Rückgrat der Nation durch Verhungern zu brechen, weil sie eine Gefahr für das totalitäre System darstellte.“ Jahrzehntlang wurde diese Tragödie verschwiegen. Darüber zu sprechen war eine Straftat, die mit **fünf Jahren im GULag** geahndet wurde. „Das, was heute die wenigen Zeitzeugen berichten, lässt das Blut in den Adern gefrieren“, schrieb der Diplomat. „Die Menschen stritten sich in ihrer Not um Baumrinden, Blätter, Knospen und Kaulquappen, es grassierte Kannibalismus.“

Die Wortmeldung hatte einen aktuellen Bezug. Vor einem halben Jahr eröffnete der **Petitionsausschuss** des Deutschen Bundestages eine Debatte zu einem Antrag (Petition 89118) mit **73177 Unterschriften** über eine **Anerkennung des Holodomors als Genozid**. Reaktion des Auswärtigen Amts: Dem Parlament wurde empfohlen, von diesem Schritt abzusehen. Das Hauptargument: Da der Begriff Völkermord, also Genozid, erst 1948 in einer einschlägigen UN-Konvention verankert wurde, könne dieser auf die vorher begangenen Verbrechen keine Anwendung finden. Das Ganze erinnert stark an die bekannte **Berliner Abwiegeltaktik**, sobald die Rede auf die Vertreibung der Deutschen kommt. Fraglich ist freilich, ob diese Taktik auf Dauer durchzuhalten ist und vor der Geschichte Bestand haben kann. Denn das deutsche Parlament hat, und das wurde in der „Sudetenpost“ mehrmals gewürdigt, die massenhafte **Tötung von Armeniern** im Osmanischen Reich ausdrücklich als Genozid anerkannt – diese Verbrechen spielten sich 1915 ab, also 33 Jahre vor der UN-Konvention. „In der Debatte darüber wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass es bei der Verwendung des Begriffs Völkermord nicht um eine ‚juristische Anklageerhebung‘ oder einen ‚donnernden Urteilsspruch‘ gehe, sondern darum, die Dimension dieses Verbrechens zu veranschaulichen“, betont der ukrainische Botschafter. Auch das von Kritikern herangezogene Argument, dass in anderen Sowjetrepubliken seinerzeit Menschen verhungert seien und man deshalb das Massenverbrechen in der Ukraine nicht hervorheben solle, ist nach seinen Worten nicht nachvollziehbar. Die mittlerweile unbestrittene Tatsache, dass 1932/33 auch etwa **1,5 Millionen Kasachen** ums Leben kamen, spreche nicht gegen den genozidalen Charakter des Holodomors. „Ganz im Gegenteil: Dieses Faktum unterstreicht nur die **mörderische Planmäßigkeit Stalins**, jene ethnischen Gruppen zu vernichten, die wie die Ukrainer ihre Unabhängigkeit anstrebten. Man kann nicht ausschließen, dass eines Tages auch in Kasachstan dieses Thema aufgearbeitet und um seine internationale Anerkennung geworben wird.“ Noch ein weiteres Argument drängt sich auf, wenn man nach Gründen forscht, warum zum Beispiel das deutsche Auswärtige Amt die Petition 89118 so skeptisch sieht. Will man Moskau nicht verärgern? An der Moskwa wird der Stalin-Kult **propagandistisch wiederbelebt**. Und Wladimir Putin leugnet den Holodomor. Kommentar des ukrainischen Botschafters in Berlin: Die Anerkennung des Holodomors in Deutschland wäre **keine Schuldzuweisung an die Russen**, sondern eine wichtige Mahnung, dass die **Massenverbrechen** der Stalin-Diktatur **verurteilt werden müssen**. „Die Ukrainer hoffen, dass die Bundestagsabgeordneten der historischen Verantwortung Deutschlands gerecht werden und den Holodomor als Völkermord anerkennen.“ Man darf auf die kommenden Diskussionen in Berlin gespannt sein.

Wien, am 03. März 2020

